

Selbstbestimmte Elternschaft bei Menschen mit Behinderungen

... mit Kind ist keine Frage des „ob“, sondern des „wie“

Wenn Menschen mit Behinderungen ihr Recht auf Elternschaft leben, treffen sie auf Hürden – physische, aber auch mentale. Denn nicht nur mangelhafte Ausstattung oder nicht an die Behinderungen angepasste Kommunikationsmittel erschweren das Leben mit Kindern. Tiefsitzende Vorurteile und Tabus der Gesellschaft tun ein Übriges, das Recht von Menschen mit Behinderungen auf Elternschaft aktiv zu behindern.

Auf dem Fachtag „...mit Kind? Zukunftsperspektiven selbstbestimmter Elternschaft bei Menschen mit Behinderungen“ kamen am 26. Juni in Frankfurt am Main 150 Betroffene und Fachleute aus ganz Deutschland zusammen, um das Thema „Behinderung und Elternschaft“ in die Öffentlichkeit zu tragen. „Wir wollen zeigen, was nötig ist, damit Menschen mit Behinderungen ihre Elternschaft möglichst selbstbestimmt leben können“, sagte Frank Louwen, Vorstandsvorsitzender des pro familia Landesverbands Hessen. Die Veranstaltung in Frankfurt war Teil der Dreijahres-Kampagne „Selbstverständlich Inklusion“, mit dem der Landesverband das Recht von Menschen mit Behinderungen auf Liebe, Partnerschaft und Sexualität stärken will.

In sechs Workshops wurde auf dem Fachtag diskutiert, was nötig ist, damit Eltern mit Behinderungen ihren Kinderwunsch realisieren können. Welche Hilfen gibt es bereits, welche weiteren Angebote sind nötig? Und welche Erkenntnisse gibt es dazu aus der Forschung? Wie kann Elternschaft – Stichwort „Elternassistenz und „unterstützte Elternschaft“ – so gestaltet werden, dass Väter und Mütter mit Behinderungen ohne die permanente Kontrolle und Einmischung anderer leben können? Und gibt es auch Grenzen der Selbstbestimmung, wenn es um „Kinderwunsch und Verantwortung“ als Eltern geht?

Hohe Hürden im Alltag von Vätern und Müttern mit Behinderungen

Neben Workshops und Fachvorträgen schilderten Eltern mit Behinderungen in der Talkrunde „Nachgefragt!“ ihre Erfahrungen mit der Elternschaft: Zugänge zu öffentlichen Gebäuden wie Behörden, Schulen oder Kindergärten sind nicht barrierefrei; Freizeitangebote wie Schwimmbäder, Parks oder Spielplätze sind nicht auf blinde und gehörlose Menschen eingestellt; Busse und Bahnen für mobilitätseingeschränkte Personen nach wie vor oft nicht nutzbar.

Verglichen mit diesen physischen Hürden wiegen die mentalen jedoch fast noch schwerer. Die Hildesheimer Wissenschaftlerin Gisela Hermes etwa ist davon überzeugt, dass „Behinderung und Elternschaft zwei Themen sind, die sich nach Ansicht vieler Menschen gegenseitig ausschließen.“ Selbst Rollstuhlfahrerin, die Ende der 1980er Jahre Mutter wurde, erkennt sie hinter der fehlenden Akzeptanz von Elternschaft von Menschen mit Behinderungen ein ganzes Bündel von Vorurteilen:

- Frauen mit Behinderungen bringen behinderte Kinder zur Welt;
- Behinderte Menschen können keine Verantwortung übernehmen;
- Behinderte Eltern vernachlässigen oder missbrauchen ihre Kinder;
- Kinder leiden unter der Behinderung der Eltern oder
- Behinderte Eltern verursachen auf jeden Fall zusätzliche staatliche Kosten.

Dass diese Sicht der Dinge auch bei denen vorherrscht, die es besser wissen müssten – etwa Jugendämtern – zeige sich u.a. daran, so Hermes, dass in Deutschland Paare mit Behinderungen kaum eine Chance hätten, ein Kind zu adoptieren oder in Pflege zu nehmen. Da Hilfebedürftigkeit von manchen Jugendämtern mit elterlicher Inkompetenz gleichgesetzt wird, verzichten

Eltern mit Behinderungen oft aus Angst vor negativen Konsequenzen darauf, Anträge auf Hilfen zur Versorgung ihres Kindes zu stellen.

Fremdbestimmt: Viele Personen/Institutionen entscheiden mit über Elternschaft

Trifft das Unverständnis für ihren Kinderwunsch schon Menschen mit Körper- und Sinnesbehinderungen, so gilt das für Menschen mit Lernschwierigkeiten noch einmal mehr. Weil letztere individuell abgestimmte, differenzierte Hilfen brauchen, entsteht nicht selten das Gefühl, abhängig und fremdbestimmt zu sein. So kann es zum Beispiel sein, dass bis zu sechs, sieben oder acht Personen oder Institutionen beteiligt sind an der Entscheidung über Elternschaft.

Nicht „ob“, sondern „wie“

Nicht „ob“ überhaupt Elternschaft, sondern „wie“ sie unterstützt werden kann, ist nach Ansicht von Kadidja Rohmann, Diplom-Pädagogin aus Bremen, die Frage, damit Menschen mit Behinderungen ihr Recht auf Familie und Elternschaft verwirklichen können.

Beide Wissenschaftlerinnen wiesen darauf hin, dass die Alltagsbarrieren, die Eltern mit Behinderungen in ihrem Leben mit Kindern begegnen, wenig bis nichts damit zu tun haben, dass die Eltern Behinderungen haben. Gisela Hermes: „Nur wenige der Probleme, die im Alltag auftreten, hängen mit der Beeinträchtigung der Eltern zusammen. Der weitaus größere Teil beruht auf Umweltbarrieren und auf unzureichenden Rahmenbedingungen.“

Das zeigt, so pro familia Vorstand Frank Louwen, dass „Behinderungen und Elternschaft gut miteinander vereinbar sind. Aber dazu brauchen wir die entsprechenden Rahmenbedingungen und die entsprechende Unterstützung.“

Gisela Hermes hält es daher für unerlässlich, die rechtlichen Grundlagen umfassend zu verbessern – allen voran der Rechtsanspruch auf Elternassistenz bzw. unterstützte Elternschaft sowie eine barrierefreie Gestaltung der Umwelt. Zudem kann ein breiteres Hilfsmittelangebot „dazu beitragen, dass Eltern mit unterschiedlichen Beeinträchtigungen ihre Kinder ohne zusätzliche große Kraftanstrengungen aufziehen und am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können.“

Kontakt:

Nora Eisenbarth, pro familia Landesverband Hessen, tel.: 069/ 447062
Nora.Eisenbarth@profamilia.de

Kadidja Rohmann, Diplom-Pädagogin, Bremen
tel. 0176-56778787
[Mail: Kadidja.Rohmann@gmx.de](mailto:Kadidja.Rohmann@gmx.de)

Gisela Hermes, Prof. Dr. tel. 05121-881-411
Hochschule für Angewandte Wissenschaft und Kunst Hildesheim,
[Mail: Hermes@hawk-hhg.de](mailto:Hermes@hawk-hhg.de)